



Die Erbenvertretung aus gerichtlicher Sicht

RA lic. iur. Thomas Engler
(Leitender Gerichtsschreiber der II. Zivilkammer und
Ersatzoberrichter)

RA lic. iur. Beat Kämpfen
(Generalsekretär-Stv. und Ersatzbezirksrichter)

Obergericht des Kantons Zürich



8. März 2019



Agenda

- Vorbemerkungen und Einleitung
- Ernennung des Erbenvertreters
 - Verfahren
 - Voraussetzungen
 - Person
- Aufgaben, Rechte und Pflichten des Erbenvertreters
- Kosten der Erbenvertretung
- Aufsicht und Verantwortlichkeit des Erbenvertreters
- Beendigung der Erbenvertretung
- Schlussbemerkungen



VORBEMERKUNGEN UND EINLEITUNG



Vorbemerkung

- **keine formalrechtliche Abhandlung, sondern Schilderung der aktuellen Praxis** der summarischen Erbschaftsgerichte insb. im Kanton Zürich
- Bundesrecht, kantonales Recht, regionale Praxis (auch teilweise je nach Bezirksgericht unterschiedlich)



Vorbemerkung

- **persönliche Meinung der Referenten** (daraus lassen sich keine Ansprüche bezüglich der Verfahrensabwicklung an den Zürcher Gerichten ableiten)
- nachfolgend angegebene Geschäftsnummern (z.B. LF150064) bezeichnen **Entscheide des Zürcher Obergerichts** und sind unter <http://www.gerichte-zh.ch/entscheide/entscheide-suchen.html> abrufbar



rechtliche Einordnung

- **Sicherungsmassregeln** (Art. 551 Abs. 2 ZGB)
 - Siegelung (bei kantonal definierten *Gefährdungstatbeständen*)
 - Sicherungsinventar
 - Erbschaftsverwaltung
 - Erbenvertreter (als Institut zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit der Erbengemeinschaft) --> Art. 602 Abs. 3 ZGB
 - Eröffnung der letztwilligen Verfügung
- Häufigkeit: **selten** (BG Zürich: 2 pro Jahr!)



ERNENNUNG DES ERBENVERTRETERS



Prozessrechtliches

- örtliche und sachliche **Zuständigkeit für Massnahmen im Zusammenhang mit dem Erbgang:**
 - letzter Wohnsitz des Verstorbenen (Art. 28 Abs. 2 ZPO)
 - Einzelgericht am Bezirksgericht (§ 137 GOG ZH, **kantonal**)
 - andere Kantone: Gemeinde, Juge de paix, Erbschaftsamt
 - im summarischen Verfahren (Art. 248 lit. e ZPO)
 - ZPO als kantonales Recht (BGE 139 III 225)
 - Sachverhalt wird von Amtes wegen abgeklärt, es genügt Glaubhaftmachen (OGer ZH LF170067 vom 9.4.2018, E. 5.1)



Prozessrechtliches

- Verfahren der **freiwilligen Gerichtsbarkeit**
 - keine mündliche Verhandlung
 - keine Erhebung von Beweismitteln
 - Miterben können zum Begehren Stellung nehmen
 - zwingender Einbezug aller Miterben?
 - vgl. BGer 5A_796/2014 v. 3.3.2015, E. 2; kritisch SJZ 2017 S 421 ff., S. 424 mit Hinweis auf OGer ZH PE130005 v. 21.1.2014; BGer 5A_1036/2017 v. 23.3.2018
- auch als vorsorgliche Massnahme im Teilungsverfahren (?)



Formelle Voraussetzung

- **Begehren eines Erben**
 - nicht von Amtes wegen (\neq Erbschaftsverwaltung)
 - **selbständiges Recht** jedes Erben
 - **umstritten**
 - **virtueller Erben** (oftmals nicht notwendig, da bei Einsprache gegen die Ausstellung der Erbbescheinigung meistens Erbschaftsverwaltung angeordnet wird)
 - Antrag stellt implizit Annahme der Erbschaft dar (Verwirkung der Ausschlagungsbefugnis)



Formelle Voraussetzung

- **bestehende Erbengemeinschaft**
 - nicht gegeben
 - Erben bilden eine **einfache Gesellschaft**
 - partielle **Erbteilung** (Streitgegenstand wurde ins Miteigentum der Erben überführt)
 - **fortgesetzte Erbengemeinschaft** (Zurückhaltung, da keine dem Gesellschaftsrecht unbekannte Gesellschaft mit staatlichem geschäftsführenden Organ geschaffen werden soll --> erst bei Rückkehr zur Liquidationsgemeinschaft)
- **keine Willensvollstreckung oder Erbschaftsverwaltung**



Praxis zu formellen Voraussetzungen

- **fortgesetzte Erbengemeinschaft / einf. Gesellschaft:**
 - BGer 5D_133/2010 v. 12.1.2011:
 - Ausschluss der Erbenvertretung, wenn Erbengemeinschaft in **einfache Gesellschaft** überführt worden ist.
 - bei blosser fortgesetzter Erbengemeinschaft: strittig
 - Liegt Grund für Fortsetzung in **Blockade der Teilung**, schliesst das Erbenvertretung nicht aus.
 - OGer ZH LF130072 v. 31.7.2014:
 - blockierte Familien-AG, Teilung im Prinzip beabsichtigt, scheiterte an Uneinigkeit über Schätzung von Liegenschaften
 - Entscheidend ist, ob von einer auf **unbestimmte Zeit** bestehenden Erbengemeinschaft auszugehen ist
 - Erbenvertretung daher zulässig



Praxis zu formellen Voraussetzungen

- **fortgesetzte Erbengemeinschaft / einf. Gesellschaft:**
 - OGer ZH LF170048 v. 4.12.2017:
 - Erbenvertretung muss in fortgesetzter Erbengemeinschaft nicht aufgehoben werden - anders bei Überführung in einfache Gesellschaft.
 - Fortsetzung der Erbengemeinschaft wird vermutet, solange noch massgebliche Nachlassgegenstände ungeteilt sind.
 - Wenn gerade strittig ist, ob eine einfache Gesellschaft vorliegt, ist die Erbenvertretung noch zulässig.
 - **Praxis BGZ: strenger**
 - Abgrenzung fortgesetzte Erbengemeinschaft / einf. Gesellschaft?



Materielle Voraussetzung

- **Handlungsunfähigkeit der Erbengemeinschaft**
 - **Rationelle Bewirtschaftung** des Nachlasses
verhindernde **Uneinigkeit unter den Erben**
 - **Unerheblich ist der Grund** für die
Handlungsunfähigkeit
 - Hauptfälle
 - Streitigkeiten über die **Bewirtschaftung von Liegenschaften**
 - **Interessenkollisionen** bei Rechtsverhältnissen zwischen
Erbengemeinschaft und Miterben



Beispiele der Handlungsunfähigkeit

- Einzelne oder mehrere **Erben sind abwesend**
--> eher Erbschaftsverwaltung
 - Einzelne oder mehrere Erben sind zur **Besorgung der Verwaltung unfähig**
 - **Uneinigkeit** über eine (dringend) zu treffende Massnahme
 - **Zerstörtes Vertrauensverhältnis** ("heillos zerstritten")
- > primär praktische und nicht rechtliche Gesichtspunkte sind massgebend



Materielle Voraussetzung

- **objektive Notwendigkeit des Eingriffs** (wichtiger Grund) im Interesse der Erbschaft als Ganzes
 - Substanz oder ordentliche Erträge (?) sind gefährdet
 - unaufschiebbare Verwaltungsangelegenheiten
 - genügt bereits eine **abstrakte Gefährdung?**
- > **grosses Ermessen** und damit auch erhebliche Unterschiede zwischen den Behörden (inner- und interkantonal) bezüglich der Notwendigkeit



Praxis zu materiellen Voraussetzungen

- OGer ZH LF170067 v. 9.4.2018:
 - Erste Instanz hatte das Gesuch **abgewiesen**.
 - Insb.: keine Gefährdung der Substanz der Liegenschaften.
 - Obergericht hiess Berufung dagegen gut:
 - **Geringe** Anforderungen an Konflikt: keine unrichtige Verwaltung oder Kompetenzüberschreitung vorausgesetzt; es genügt eine "die rationelle Verwaltung beeinträchtigende Uneinigkeit"; auch: ein zerstörtes Vertrauensverhältnis.
 - Irrelevant ist, welche Erben die Blockade verursachten.
 - **Dringlichkeit** der zutreffenden, insb. baulichen Massnahmen: **Keine hohen Anforderungen, keine Substanzbedrohung** nötig.
 - Nachlassliegenschaft wegen Zustands nicht mehr vermietbar; dem Nachlass entgehende Mieterträge von Fr. 7'000.00 pro Monat rechtfertigen Erbenvertretung (Verhältnismässigkeit).



Praxis zu materiellen Voraussetzungen

- Obergericht BE, ZK 18 395, Entscheid v. 3.12.2018:
 - Erblasser hinterliess zweite Ehefrau E. und 3 Kinder aus erster Ehe; mehrere Liegenschaften und Barbestände um Fr. 2 Mio.
 - Liegenschaft: E. und Nachlass je Miteigentum zu $\frac{1}{2}$; E. nutzt diese Liegenschaft alleine, Entgelt ist strittig.
 - Erste Instanz wies das Gesuch **ab**.
 - Erbenvertreter könnte nur über Anteil des Nachlasses verfügen, Nutzung der Miterbin bliebe strittig; Nutzungsentgelt kann in **Erbteilung** berücksichtigt werden; Klagen der weiteren Erben gegen die Miterbin sind möglich.
 - Gewisse Erschwerung des Zahlungsablaufs: Dass Rechnungen erst nach mehreren Aufforderungen zur Zahlung freigegeben werden und es zu Mahnungen kommt, genügt den Anforderungen an den Konflikt der Erben **nicht**.



Praxis zu materiellen Voraussetzungen

- Obergericht BE, ZK 18 395, Entscheid v. 3.12.2018:
 - Obergericht hiess Beschwerde dagegen gut:
 - **Kein rein interner Zwist**, da (auch) Drittvermietung denkbar
 - **Blockade des Miteigentumsanteils** des Nachlasses genügt
 - Erbenvertreter kann Rechte nach ZGB 646 ff. wahrnehmen bis hin zum **Ausschluss** eines Miteigentümers
 - Forderung des Nachlasses auf Nutzungsentgelt könnte **verjähren**
 - Klage auf Abschluss eines Mietvertrages ist nicht möglich
 - Betr. Zahlung von Rechnungen: Nicht vorausgesetzt, dass es zu einer **Betreibung** kam; kommt es wegen Verzögerung durch E. wiederholt zu einer oder sogar zwei Mahnungen, ist die rationelle Verwaltung beeinträchtigt
 - Verhältnismässigkeit aufgrund Nachlassumfang
- > Voraussetzungen **grosszügig** bejaht



Praxis zu materiellen Voraussetzungen

- Weitere Beispiele mit Streit um Liegenschaften:
 - ZK1 18 41, Kantonsgericht GR v. 29.6.2018:
 - Blockierte Vermietung von Nachlasswohnung zu Fr. 1'350.00 pro Monat rechtfertigt Kosten der Erbenvertretung.
 - Kantonsgericht FR v. 20.11.2017, 101 2017 275: Keine Erbenvertretung, wenn Witwe Liegenschaft jahrelang alleine verwaltete, Sohn damit nicht mehr einverstanden ist.
 - Ohne Handlungsbedarf fehlte Verhältnismässigkeit.
 - Fortgesetzte Erbengemeinschaft / einf. Gesellschaft?



Praxis zu materiellen Voraussetzungen

- Blockade einer Familien-AG (OGer ZH LF130072 v. 31.7.2014):
 - 950 Namenaktien, davon 800 im Nachlass, je 50 bei jedem männlichen Nachkommen. --> Spezialerbenvertreter
 - Streit insb. der drei Söhne führte zu Umwälzungen im Verwaltungsrat mit gegenseitigen Vorwürfen.
 - **Keine** Handlungsunfähigkeit der AG.
 - Blosser Meinungsverschiedenheiten, rein interner Zwist genügen nicht; Umstand, dass Erbenvertretung streitig ist, ist aber ein Indiz für die Voraussetzungen; Erbenvertretung kann (auch) Eigenmächtigkeiten einzelner Erben unterbinden (vgl. auch BGer 5A/781/2017 v. 20.12.2017).
 - Gefahr, dass zwei Miterben mit Minderheitsanteilen aufgrund der nicht ausgeübten Stimmrechte des Nachlasses die AG dominierten, genügte.



Wer wird Erbenvertreter

- natürliche und juristische Personen, Amtsstelle
- (theoretisch) auch mehrere zusammen
- Berücksichtigung von **Umfang und Bedeutung der Aufgaben**
- **fachliche und persönliche Eignung**
 - kein **Interessenkonflikt** vorhanden
 - Miterben eher nicht (nur wenn andere Erben sich nicht dagegen aussprechen)
- **räumliche Nähe** (zur Aufsichtsbehörde)



Wer wird Erbenvertreter

- Erben können nicht bindende Vorschläge unterbreiten (*Fachwissen statt Personen*)
- **Kanton Zürich**
 - **Notar** (§ 138 Abs. 1 GOG ZH, **kantonal**)
 - oder eine andere geeignete Person (§ 138 Abs. 2 GOG ZH)
 - *vor allem bei aufwändigen und schwierigen Verhältnissen*
 - *spezielles Fachwissen notwendig*
 - *hoher zeitlicher Aufwand*



Praxis zur Person des Erbenvertreters

- OGer ZH LF120008 v. 27.3.2012:
 - Neutralität hat überragende Bedeutung.
 - Grundsätzlichen Eignung des Notars.
 - Beizug von Hilfspersonen/Spezialisten: unproblematisch, solange Hauptpflicht/Rechenschaftspflicht beim EV verbleibt (vgl. auch OGer ZH PF140016 v. 19. September 2014).
- BGer 5A_554/2016 v. 25.4.2017 zur Überführung einer privatrechtlichen Vertretung in eine Erbenvertretung.



Praxis zur Person des Erbenvertreters

- Kantonsgericht GR v. 29.6.2018, ZK1 18 41
 - Miterbe als Erbenvertreter: Möglich, scheitert aber (wie wohl meistens) am Streit mit Miterben.
 - Behörde sucht Person aus, welche die nötigen Qualifikationen aufweist und für die Wahrung des Gesamtinteresses der Erbschaft Gewähr bietet.
- Kantonsgericht GR v. 29.11.2012, ZK1 12 62
 - Illustrativer Fall zum Interessenkonflikt
 - Antrag, es sei jemand von ausserhalb Oberengadin / Bergell einzusetzen --> abgewiesen
 - Vertrautheit mit örtlichen Verhältnissen ist von Vorteil.
 - Behörde hat Kandidaten zum Verhältnis zu Erben und zum Nachlass zu befragen.



AUFGABEN, RECHTE UND PFLICHTEN DES ERBENVERTRETERS



Aufgabe und Befugnisse

- **privatrechtliche** Aufgabe eigener Art --> Auftragsrecht
- entsprechen denjenigen des **Willensvollstreckers** (ohne Teilung) und des **Erbschaftsverwalters** --> analoge Anwendung der Bestimmungen
- **Sicherung, Erhaltung und Verwaltung** des Nachlasses
- ≠ Liquidationshandlungen / ≠ Erbteilung
- Schliesst eigenes Handeln der Erben im übertragenen Aufgabenbereich **aus**



Aufgabe und Befugnisse

- **Vertretung und Verwaltung des Nachlasses**
 - Verkauf von Erbschaftssachen zur **Tilgung der Schulden** oder **Ausrichtung von Vermächtnissen** (*auch gegen den Willen der Erben*)
 - anschliessend sind die Wünsche der Erben zu beachten
 - Vertretung der Erbengemeinschaft (**gesetzlicher Vertreter der Erbschaft**)
 - "Vorbereitung" der Teilung
- Prozessführung als **Prozessstandschafter** in eigenem Namen



Pflichten

- **Pflichten des Erbenvertreeters**
 - **ordnungsgemäße** Verwaltung des Nachlasses
 - **Gleichbehandlung** der Erben (insbesondere Neutralität bei Konflikten) und Rücksichtnahme auf gemeinsame Wünsche der Erben
 - Inventarpflicht und Rechnungsruf (je nach Stadium)
 - umfassende **Auskunft** / periodische **Rechenschaftsablegung**
- Vertritt die **objektiven Interessen der Erbengemeinschaft insgesamt** (und nicht der einzelnen Erben)



Praxis zu Aufgaben und Pflichten

- OGer ZH PF120008 v. 21.5.2012:
 - **Konservative Verwaltung:** Erhaltung und vorsichtige Vermehrung des Nachlassvermögens.
 - Zurückhaltung hinsichtlich Kündigung / Mietzinserhöhung bei bestehendem Mietverhältnis nicht beanstandet.
- BGer 5A_781/2017 v. 20.12.2017:
 - **Verwaltung, kein Vollzug** der Teilung.
 - Nicht: Übertragung einer Liegenschaft in Spanien auf eine Miterbin (zumal keine Teilungsvereinbarung vorlag).
 - (vgl. dazu successio 2018 S. 193)



Praxis zu Aufgaben und Pflichten

- BGer 5A_416/2013 v. 26.7.2013:
 - „Der Erbenvertreter hat weder Erbschaftssachen zu liquidieren noch die Erbteilung durchzuführen oder die Auflösung der Erbengemeinschaft zu beschleunigen.“
 - Hinsichtlich Liquidation etwas zu absolut?
- OGer ZH PF140016 v. 19.9.2014:
 - Privatrechtliches Amt, auch wenn Notariat tätig ist - Informationspflicht im Nachhinein, aber kein rechtliches Gehör im Voraus (konkret: zum Beizug Dritter).
 - Keine rechtshilfeweise Zustellung ins Ausland.



General- oder Spezialerbenvertr.

- **Dispositionsmaxime** (\neq mehr als verlangt)
- **Generalerbenvertreter**
 - **Normallfall**
 - ist allgemein mit der Verwaltung der Erbschaft insgesamt betraut
- **Spezialerbenvertreter**
 - Zuweisung bestimmter, einzelner Aufgaben
 - Verwaltung einzelner Erbschaftsgegenstände (z.B. Stimmrechtsmehrheit an einer Aktiengesellschaft)
 - Führung eines Prozesses



Praxis zu General- oder Spezialerbenvertr.

- Praxis Kanton Zürich tendiert eher dazu, **grosszügig** General-Erbenvertretung zu bestellen und die Kompetenzen nicht zu beschränken.
- **Strenger:** Aufsichtsbehörde BS v. 26.9.2017, BJM 2018 S. 301 ff:
 - Nur Spezial-Erbenvertreter für **dringlichste** Sanierung der Liegenschaft.
 - Kein General-Erbenvertreter trotz Antrag und Streit - keine Substanzgefährdung.



KOSTEN DER ERBENVERTRETUNG



Kosten der Erbenvertretung

- BGer 5A_241/2014 v. 28.5.2014 und dazu successio 2016 S. 44 ff.:
 - **Erbgangsschulden**; Kosten werden nicht von Präklusionswirkung des öffentlichen Inventars erfasst.
 - Ausnahme: Auferlegung nach Verursacherprinzip.
- OGer ZH PF150057 v. 21.10.2015: Keine eigenständige Gebührenfestsetzung durch Notariat und kein Rekurs an die Finanzdirektion (sondern Vorgehen nach § 139 Abs. 1 GOG/ZH).
- Praxis BGZ seither: Notare setzen Kosten nach GebV fest. Einzelgericht entscheidet, wenn Kosten danach **strittig** sind.



Kosten der Erbenvertretung

- Illustrativer Fall für strittiges Honorar einer AG als Erbenvertretung: Entscheid Kantonsgericht FR v. 30.12.2014, 101 2014 100:
 - **Angemessenheit**
 - Wichtigster Faktor ist der **Zeitaufwand**.
 - **Verschiedene Ansätze für verschiedene Funktionen** (Rechtsanwalt: Fr. 250.00; Buchhalter: Fr. 200.00 bzw. Fr. 140.00 bzw. Fr. 110.00; Sekretärin Fr. 95.00; Lehrtochter: Fr. 35.00).
 - Kürzung z.B.: übertriebene Aufwendungen für rechtliche Abklärungen angesichts des **Knowhows**, das bei einer **Treuhandfirma** vorausgesetzt werden darf.
 - Honorar in „nicht ganz einfachem Mandat“ von knapp Fr. 50'000.00 auf Fr. 27'500.00 gekürzt.



AUFSICHT UND HAFTUNG DES ERBENVERTRETERS



Aufsicht

- durch die **Behörde** (Art. 595 Abs. 3 ZGB, Kanton ZH: Einzelgericht)
- **Beratung** des Erbschaftsvertreters (aber eigene Verantwortung des EV bleibt)
- Erben können gegen **beabsichtigte oder getroffene Massregeln Beschwerde** erheben
 - **keine permanente Überwachung** (Überprüfung nur auf Beschwerde hin)
 - Ermessensspielraum des Erbschaftsvertreters
 - keine Entscheidungsbefugnis bzgl. zivilrechtliche Fragen



Beschwerde

- **Legitimation:**
 - Erben
 - umstritten (beschwerde- oder nur anzeigeberechtigt)
 - Gläubiger
 - Vermächtnisnehmer
- **Beschwerdegründe (Auswahl)**
 - Untätigkeit
 - Parteilichkeit
 - Unhaltbares Vorgehen



Beschwerde

- **Zurückhaltung bei Prüfung des Vorgehens** aufgrund weitem Ermessen des EV
 - Willkürprüfung
 - schlichtweg unhaltbar, widersprüchlich, in stossender weise dem Gerechtigkeitsgedanken zuwiderläuft
- **Massnahmen (keine Bindung an Anträge)**
 - Weisungen erteilen (Hauptfall)
 - Auskunft verlangen
 - vorübergehende Einstellung im Amt
 - Entlassung (schneller als den Willensvollstrecker)



Praxis zum Beschwerdeverfahren

- OGer ZH PF120008 vom 21.5.2012:
 - Streit zwischen Erbin, die **Mieterin** einer Nachlassliegenschaft ist, mit Miterben.
 - **Mieterinteressen** legitimieren nicht zur Beschwerde.
 - Mietrechtliche Korrektheit der Vorkehren des EV sind nicht im Beschwerdeverfahren zu prüfen.
 - Mietzins von ca. 40% der ermittelten Marktmiete für die Liegenschaft: Dass EV nicht kündigt, ist nicht **unhaltbar**.
 - VI hatte EV zur Mietzinserhöhung verpflichtet, ohne Parteiantrag - wäre nur bei Unhaltbarkeit geboten - hier verneint.



Praxis zum Beschwerdeverfahren

- OGer ZH LF160070 v. 29.11.2016:
 - Legitimation bei Beschwerde gegen Willensvollstrecker **weit** verstanden: **alle materiell an der Erbschaft Beteiligten**, auch Erbschaftsgläubiger und Vermächtnisnehmer (E. 6).
 - Wertung lässt sich auf Erbenvertretung übertragen (vgl. SJZ 2017 S. 421 ff., S. 428).
- BGer 5A_1036/2017 v. 23.3.2018:
 - Rüge: überhöhte **Honorarrechnungen** der Erbenvertreterin
 - Wenn Festlegung des Honorars dem ordentlichen Zivilgericht obliegt, kann beschwerdeweise nur **formelle Korrektheit** geprüft werden.
 - Insb.: periodische, nachvollziehbare Abrechnung.



Haftung

- richtet sich nach **Auftragsrecht** (Art. 394 ff. OR)
- **Verschulden** wird analog Art 97 OR vermutet
- Haftungsminderung durch
 - Vorlage von Fragen an **Aufsichtsbehörde**
 - Mitteilung des beabsichtigten Vorgehens mittels "**Verfügung**" an die Erben
- Haftung ist im ordentlichen Zivilprozess geltend zu machen.



BEENDIGUNG DER ERBENVERTRETUNG



Beendigung

- von **Gesetzes** wegen
 - Teilung
 - Überschuldung --> konkursamtliche Liquidation
- durch das **Gericht**
 - Voraussetzungen weggefallen
 - disziplinarische Absetzung
- durch den **Erbenvertreter**
 - Verlust der Rechts- oder Handlungsfähigkeit
 - Niederlegung des Amtes



Praxis zur Beendigung

- BGer 5D_133/2010 v. 12.1.2011 und dazu successio 2012 S. 67:
 - Erbengemeinschaft endet erst mit **Vollzug** der Teilung.
 - Auch nach Vorliegen des Teilungsurteils kann daher noch eine Erbenvertretung bestellt werden.
- OGer ZH LF170048 v. 4.12.2017
 - **Behörde** entscheidet über die Voraussetzungen.
 - **Keine Bindung an Parteianträge**, auch wenn sämtliche Erben die Aufhebung der EV wünschen.
 - Novum, Erben seien seit Einsetzung Liegenschaftsverwaltung nicht mehr zerstritten, war allerdings unzulässig.



SCHLUSSBEMERKUNGEN



Schlussbemerkungen

- formelles Nachlassrecht (ist selbst innerhalb des Kantons Zürich) **uneinheitlich**
- **grosser Ermessensspielraum** der Behörden
--> **Unsicherheit über den Entscheid**